

Rechtsgebiet : 6. Rheinpfalz. (Fortsetzung.)

Als selbständig sind nicht anzusehen Entmündigte und Dienstboten und Gewerbsgehilfen, die in die häusliche Gemeinschaft des Dienstherrn aufgenommen sind; ferner Kinder, die dem elterlichen Hausstande angehören und von dem Familienhaupte unterhalten werden.

Volljährige und selbständige in einer Gemeinde der rechtsrheinischen Landesteile, heimatberechtigte Männer haben auf Verleihung des Bürgerrechts in der Gemeinde ihres Wohnsitzes gegen Entrichtung der Heimatgebühr Anspruch, wenn sie seit zwei Jahren in der Gemeinde gewohnt und innerhalb dieser Frist eine in der Gemeinde angelegte Steuer und die sie treffenden Gemeindeabgaben bezahlt haben (§ 11 der G.D.).

Die Verleihung des Bürgerrechts kann versagt werden bei Konkurs, Einleitung des Entmündigungsverfahrens, Armenunterstützung innerhalb der letzten 2 Jahre, Polizeiaufsicht, Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte, Verurteilung wegen Diebstahls, Unterschlagung, Betrugs, Hehlerei, Fälschung und während der strafrechtlichen Verfolgung wegen eines dieser Verbrechen oder Vergehen.

II. Voraussetzungen des aktiven Wahlrechts.

Wahlstimmberechtigt sind alle Gemeindebürger mit Ausschluß derer, bei denen die Ausübung des Bürgerrechts ruht. (Dies ist der Fall, wenn ein Bürger seinen Wohnsitz in eine andere Gemeinde verlegt, wenn er nicht mehr mit einer direkten Steuer in der Gemeinde angelegt oder wenn er nicht mehr selbständig ist).

Vom Wahlrechte ausgeschlossen sind ferner Personen, denen die bürgerlichen Ehrenrechte aberkannt sind, so lange dieser Verlust dauert, ferner Personen, die wegen Diebstahls, Unterschlagung, Betrugs, Hehlerei oder Fälschung rechtskräftig verurteilt sind, sofern nicht seit der „vollendeten Ersetzung“ oder Verjährung oder dem Erlaß der Strafe bei Verbrechen 10 Jahre, bei Vergehen 5 Jahre verflossen sind; endlich Personen, die sich im Konkurse befinden. (§ 100 der G.D.).